

Nr. 20/157 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Die Zukunft der Bremer Innenstadt: Wohin geht die Reise?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 6. Oktober 2020
(Drucksache [20/324 S](#))
2. Gesetzliche Ermächtigungen für Hundeauslauf in Bremen einführen –
Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung
Mitteilung des Senats vom 13. Oktober 2020
(Drucksache [20/327 S](#))

Nr. 20/158 S

Fragestunde

1. Bürgerbeteiligung bei der Umsetzung des Projektes „Parken in Quartieren“
Anfrage der Abgeordneten Muhammet Tokmak, Anja Schiemann, Gönül Bredehorst, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 11. November 2020
2. Gymnasium Links der Weser: Schleichende Transformation in eine Oberschule?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 11. November 2020
3. Umsetzung eines Zentrums für seelische Gesundheit im Bremer Westen?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 11. November 2020
4. „Wildes Plakatieren“ – Was unternimmt der Senat dagegen und wer trägt die Kosten für die Beseitigung?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 11. November 2020
5. Wie wird der Infektionsschutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus in der „Dete“ gewährleistet?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 12. November 2020
6. Informationskampagnen für Jugendliche während der Pandemie?
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. November 2020
7. Wie reibungslos verlief bisher der Wechsel vom Präsenz- in den Distanzunterricht an den Schulen aufgrund von verordneter Quarantäne?
Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. November 2020

8. Werden Zuwegungen zu Bremer Bahnhöfen auf ihre Barrierefreiheit überprüft?
Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 13. November 2020
9. Schuldner- und Schuldnerinnenberatung in Zeiten der Pandemie
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. November 2020
10. „Bremen – jung und kreativ“ – wie weit ist die ressortübergreifende Koordinierungsrunde?
Anfrage der Abgeordneten Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. November 2020
11. Wie können Synergien zwischen Leerstand in der Innenstadt, eingestelltem Clubbetrieb und steigenden Raumbedarfen anderer Kulturbetriebe in der Pandemie genutzt werden?
Anfrage der Abgeordneten Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. November 2020
- Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
12. Wie kann sichergestellt werden, dass auch Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen an den Schulen der Sekundarstufe 1 vollumfänglich am Unterricht teilnehmen können?
Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. November 2020
13. Missachtung von Corona-Auflagen bei Beerdigung in Bremen-Vegesack
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 27. November 2020
- Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/159 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. Auf Antrag des Abgeordneten Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:

"Hausbesetzung, Bürgersteigblockade und Dialog mit Anarchistinnen – wie hält es der rot-rot-grüne Senat mit der Rechtsstaatlichkeit?"

und

2. auf Antrag der Abgeordneten Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE, Mustafa Öztürk, Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Kevin Lenkeit, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD:

"In der Bremer Feuerwehr darf kein Platz sein für Neonazis, Rassismus, Sexismus und Mobbing".

Nr. 20/160 S

In der Bremer Feuerwehr darf kein Platz sein für Neonazis, Rassismus, Sexismus und Mobbing

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 15. Dezember 2020
(Drucksache [20/373 S](#))

1. Die Stadtbürgerschaft verurteilt den im Raum stehenden abscheulichen Rassismus, Rechtsextremismus, Frauenfeindlichkeit, Queerfeindlichkeit und das Mobbing auf das Schärfste und ist zutiefst besorgt über die gemeldeten Vorfälle bei der Feuerwehr Bremen.
2. Die Stadtbürgerschaft dankt den betroffenen Kolleginnen/Kollgegen der Feuerwehr Bremen, die diese Vorkommnisse den Behörden gegenüber offengelegt haben, und spricht ihnen ihre höchste Anerkennung aus.
3. Die Stadtbürgerschaft bedauert den Leidensdruck derer, die unter dem Mobbing und der Diskriminierung jahrelang schwere Demütigung ertragen mussten, sehr und spricht ihr tiefes Mitgefühl aus.
4. Die Stadtbürgerschaft betont, dass Rassismus und Diskriminierung in unserer Gesellschaft und erst recht in staatlichen Behörden keinen Platz haben dürfen. Verstöße gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung müssen konsequent geahndet werden. Alle Beschäftigten der Feuerwehr Bremen haben ein Recht darauf, sowohl bei der Ausübung ihrer wichtigen Tätigkeit, als auch im privaten Bereich, vor allen Formen von Rassismus, Hass und Gewalt sowie allen körperlichen oder verbalen Angriffen, sowohl online als auch offline, wirksam geschützt zu werden.
5. Die Stadtbürgerschaft begrüßt die bisher vom Senator für Inneres eingeleiteten Schritte und erwartet vom Senat die lückenlose Aufklärung und Aufarbeitung der Vorwürfe mit dem Ziel, Vorkommnisse dieser Art für die Zukunft mit aller Kraftanstrengung zu unterbinden und zu verhindern. Sie appelliert eindringlich an alle Beschäftigten der Feuerwehr Bremen, sich hieran im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten zu beteiligen.
6. Die Stadtbürgerschaft betont die entscheidende Rolle von Bildung als Schlüsselinstrument für den Abbau von Vorurteilen und Stereotypen durch die Förderung von Toleranz, Verständnis und Vielfalt. Sie fordert den Senat auf, in der künftigen Ausbildung sowie Fort- und Weiterbildung bei der Feuerwehr Bremen einen Schwerpunkt auf politische Bildung und diskriminierungssensible Verhaltensweisen zu legen.
7. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, Reformbedarfe bei der Feuerwehr im Hinblick auf Meldewege, Beurteilungen und Beförderungen oder Dienstzeiten zu prüfen. Führungskräfte mit Personalverantwortung sollen hinsichtlich ihrer Fürsorgepflicht, Meldepflichten bei Verstößen gegen Verhaltensregeln gegenüber Kolleginnen/Kollegen oder Bürgerinnen/Bürgern, dem Erkennen und Entgegenwirken von Diskriminierung geschult werden.
8. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, eine Stelle für eine Referentin/einen Referenten für Vielfalt und Antidiskriminierung auch für die Feuerwehr Bremen einzuführen, unter anderem um unter Einbeziehung der neuen Feuerwehrführung sowie externen Expertinnen/Experten ein umfassendes Diversity-Konzept für die Feuerwehr Bremen zu entwickeln, das geeignet ist, den Anteil an Frauen, queeren Personen, nicht weißen Personen und Menschen mit Migrationshintergrund in der Belegschaft zu erhöhen und sie wirksam vor Diskriminierung und Mobbing zu schützen.

9. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die innerbetrieblichen Beschwerdestellen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz für den Bereich der Feuerwehr zu stärken und bekannter zu machen. Ebenso ist auf externe Beratungsstellen wie die ab Januar 2021 eröffnete Landesantidiskriminierungsstelle und weitere Beratungsstellen für spezifische Diskriminierungstatbestände aus dem Netzwerk gegen Diskriminierung auf allen Feuerwachen hinzuweisen.
10. Die Stadtbürgerschaft erkennt an, dass die Tätigkeit in Feuerwehr und Rettungsdienst mit außerordentlichen mentalen Belastungen einhergeht. Sie fordert den Senat daher auf, allen Einsatzkräften der Feuerwehr Bremen eine professionelle und kontinuierliche Supervision bereitzustellen und sie damit bei der Verarbeitung von belastenden Einsätzen zu unterstützen.
11. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, zu prüfen, wie durch die Ausgestaltung des Einstellungsverfahrens für Beschäftigte der Feuerwehr auch dafür Sorge getragen werden kann, dass die charakterliche Eignung und das stetige Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung sichergestellt werden.
12. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, dass der oder die unabhängigen Polizeibeauftragten für die Freie Hansestadt Bremen bis auf Weiteres auch die Zuständigkeit für die Feuerwehr Bremen übertragen werden kann. Gleichzeitig soll in Gesprächen mit dem Magistrat Bremerhaven geklärt werden, ob die oder der Beauftragte auch für die Feuerwehr Bremerhaven mit zuständig sein kann.

Nr. 20/161 S

Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030 (STEP Wohnen) – Gesamtstädtische Handlungskonzeption

Mitteilung des Senats vom 20. Oktober 2020
(Drucksache [20/334 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030 (STEP Wohnen).

Nr. 20/162 S

Temporäre Lernangebote für Kinder mit Förderbedarfen an den Schulen in Bremen zeitnah bedarfsgerecht ausweiten und bis zum Schuljahr 2023/2024 sicherstellen!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 10. November 2020
(Drucksache [20/347 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die Ausweitung temporärer Lerngruppen wie beispielsweise das „Projekt Übergang“ auf weitere Grund- und Sekundarstufe-1-Schulen in Bremen für Kinder und Jugendliche mit einem Förderbedarf im Bereich sozial-emotionale Entwicklung vorzubereiten und dafür Sorge zu tragen, dass die dafür benötigten zusätzlichen Finanzmittel in den im neuen Jahr beginnenden Haushaltsberatungen verbindlich angemeldet werden. Die Zentren für Unterstützende Pädagogik (ZUP) an den jeweiligen Schulstandorten, die Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ), das Amt für Soziale Dienste und das Landesinstitut für Schule sollen in die Planungen und konkrete Umsetzung eng einbezogen werden. Hierbei ist zu überprüfen, ob für die ReBUZ ebenfalls zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden müssen, um die Beschulung in den Regionen zu begleiten. Die am Förderzentrum an der Fritz-Gansberg-Straße vorhandene Expertise soll von Beginn an eng eingebunden werden und den Prozess fachlich begleiten. Der städtischen Deputation für Kinder und Bildung ist bis März 2021 eine Ausbauplanung der temporären Lerngruppen für den Zeitraum bis 2023/24 vorzulegen und über den aktuellen Stand der Umsetzung halbjährig zu berichten.

Nr. 20/163 S

Dusch- und Tagesaufenthaltsmöglichkeiten für obdachlose Menschen im Pandemie-Winter 2020/2021 sichern!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. November 2020
(Drucksache [20/361 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/164 S

Erstes Ortsgesetz zur Änderung des Aufnahmeortsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 1. Dezember 2020
(Neufassung der Drucksache [20/363 S](#) vom 1. Dezember 2020)
(Drucksache [20/374 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 20/165 S

Zweites Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Beiträge für die Kindergärten und Horte der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 1. Dezember 2020
(Neufassung der Drucksache [20/364 S](#) vom 1. Dezember 2020)
(Drucksache [20/375 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 20/166 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 10

vom 11. September 2020
(Drucksache [20/304 S](#))

Die Petitionen S 20/37, S 20/64 und S 20/73 werden ausgesetzt

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der restlichen Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 20/167 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 13

vom 4. Dezember 2020
(Drucksache [20/365 S](#))

Die Petition S 20/97 wird ausgesetzt.

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der restlichen Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 20/168 S

Ortsgesetz zur Änderung stadtbremischer Regelungen des Bestattungswesens

Mitteilung des Senats vom 24. November 2020
(Drucksache [20/359 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 20/169 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. „Sprach- und Integrationsmittler“ und „Sprach- und Kulturlotsen“ in die öffentliche Verwaltung übernehmen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 10. November 2020
(Drucksache [20/349 S](#))
2. Ortsgesetz zur Sicherung der Beiratsarbeit während der Pandemie
Antrag der Fraktion der CDU vom 17. November 2020
(Drucksache [20/353 S](#))
3. Gesundheit und Umweltschutz fördern – Einweggrills aus dem öffentlichen Raum verbannen!
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen vom 9. Dezember 2020
(Drucksache [20/372 S](#))